

WAHLCHECK NRW-LANDTAGSWAHL 2022



Sehr geehrte Kandidatinnen und Kandidaten,

die Zeit der Pandemie mit Lockdowns, Beschränkungen und verunsicherten Gästen hat tiefe Spuren in unserer Branche hinterlassen. Die Umsätze sanken im Vergleich zu 2019 in den Folgejahren jeweils um mehr als 40 Prozent! Viele Beschäftigte haben dem Gastgewerbe den Rücken gekehrt, Investitionen in Erhalt der Betriebe und in Zukunftsthemen wie Nachhaltigkeit sind ausgeblieben. Der neben dem Privattourismus so wichtige Geschäftsreiseturismus mit Messen, Tagungen und (Groß)Veranstaltungen liegt weiterhin am Boden. Wann sich die Unternehmen von allem erholt haben werden, ist noch nicht abzusehen. Umso wichtiger ist, dass die Politik einen Aufbruch unterstützt und dem Gastgewerbe keine weiteren Sonderopfer abverlangt.

Keine Frage, die Politik hat die Branche mit Hilfsmaßnahmen bislang nicht im Stich gelassen. Einerseits. Ohne diese Unterstützung hätten zigtausende Hotels, Gasthöfe und Restaurants, Cafés, Kneipen und Clubs nicht überlebt. Viele Hilfen wurden aber auch erst notwendig, weil andere Maßnahmen nicht rechtzeitig oder nicht ausreichend konsequent durchgeführt wurden. Andererseits.

Wir wollen anknüpfen an die Vor-Corona-Jahre. Wir wollen wieder Arbeits- und Ausbildungsplätze schaffen. Wir wollen wieder in unsere Betriebe investieren. Wir wollen unseren Beitrag dazu leisten, dass Deutschland die Nachwirkungen der Corona-Pandemie so schnell wie möglich meistert.

Wahlen stellen Weichen. Deshalb ist es für uns so wichtig zu wissen, wo Sie, als Kandidat oder Kandidatin, stehen. Welche Perspektive wollen Sie unseren über 50.000 Betrieben in Gastronomie und Hotellerie und hoffentlich bald wieder über 400.000 Beschäftigten geben in einer Zeit, in der es um die Bewältigung der Corona-Krise genauso geht wie um die Themen, die auch nach Corona von Bedeutung bleiben werden.

Andreas Büscher
Regionalpräsident

Patrick Rothkopf
Regionalpräsident

Hans-Dietmar Wosberg
Regionalpräsident

PANDEMIE

1. Überbrückungshilfe bis zum Ende der Corona-Krise fortführen

Der gesetzliche Rahmen muss für betroffene Betriebe bis zum Ende der Corona-Krise nicht nur verlängert, sondern erweitert werden. Zwei Jahre Corona-Pandemie haben trotz staatlicher Unterstützungen tiefe Spuren im Gastgewerbe hinterlassen. Und das ohne Verschulden einer Branche, die nie Pandemietreiber war. Für das Gastgewerbe geht die Corona-Krise auch nach der Pandemie weiter. Deshalb ist zum Beispiel ein Eigenkapitalzuschuss von 50 Prozent für besonders betroffene Unternehmen ebenso angemessen, wie eine vollständige Fixkostenerstattung und Hilfen bereits ab Umsatzausfällen von 10 Prozent.

Wie stehen Sie dazu, Überbrückungshilfen bis zum Ende der Corona-Krise für betroffene Betriebe zu verlängern und zu erweitern?

2. Wirksame Unterstützung und Begleitung beim Restart und zum Durchstarten weiter notwendig

Wir fordern ein Finanzpaket, ausgedehnt auf die nächsten zwei bis drei Jahre, um die verlorene Zeit der Pandemie, in der Kredite aufgenommen, (Alters)Rücklagen aufgelöst wurden und Investitionen auch in Zukunftsthemen wie Nachhaltigkeit unterblieben sind, wieder aufzuholen und Planungssicherheit zu bekommen.

Dazu gehören

- langfristige und zinslose Rückzahlungsfristen von Stundungen, Sozialversicherungen und Corona-Hilfen
- Prüfung eines KfW-Schuldenschnitts in Bezug auf „KfW-Corona-Darlehen“
- bessere Rahmenbedingungen für Arbeits- wie Ausbildungsmarkt und passgenaue Förderungen
- Investitionszuschüsse zur Zukunftssicherung

Inwiefern sind Sie bereit, das Gastgewerbe auch nach Ende der akuten Pandemie mit einem Restart-Paket zu unterstützen?

3. KUG-Verlängerung bis zum Ende der Pandemie inkl. Übernahme der Sozialversicherungsbeiträge

Eine Verlängerung der erhöhten KUG-Zahlungen und des erleichterten Zugangs zum KUG bis zum Ende der Corona-Krise ist angesichts der unsicheren Entwicklung zwingend erforderlich, weil für das Gastgewerbe die Corona-Krise auch nach der Pandemie noch nicht vorüber ist. Ansonsten drohen Kündigungen durch die Arbeitgeber und weitere Abwanderung in andere Branchen.

Wie stehen Sie dazu, die KUG-Regeln bis zum Ende der Corona-Krise zu verlängern, um damit in den Betrieben und bei den Beschäftigten für mehr Planbarkeit und Sicherheit zu sorgen?

4. Intensivierung der Impfkampagne und frühzeitige Vorbereitung auf eine mögliche neue Welle im kommenden Herbst

Die Impfkampagne hat leider ihr Ziel noch nicht erreicht. Die Impfquote ist weiterhin zu niedrig. Eine sehr hohe Impfquote ist aber Garant und Voraussetzung für einen normalen Betrieb in Restaurants, Kneipen, Clubs und Hotels. Sonst drohen wieder Zugangsbeschränkungen, Diskussionen über Lockdowns, massive Umsatzverluste und ein weiterer Aderlass an Mitarbeitern. Im Übrigen müssen bei notwendigen Maßnahmen umgesetzte Einrichtungen, beispielsweise zur Verbesserung der Luftqualität („Luftfilter“), zu weniger Beschränkungen führen.

Auch wenn wir wieder einen „Corona-freien“ Sommer erwarten, hätten wir gerne gewusst, mit welcher Entschlossenheit Sie schon jetzt alle notwendigen Maßnahmen planen und ergreifen, damit NRW im Herbst nicht wieder von der nächsten Corona-Welle „überrascht“ wird und Gastronomie und Hotellerie erneut die Leidtragenden sind?

STEUERN

5. Reduzierung des gesamten Mehrwertsteuersatzes und dessen Entfristung

Wir fordern die dauerhafte Einführung des reduzierten Mehrwertsteuersatzes auf Speisen und Getränke über die Corona-Krise hinaus. Wir erwarten, dass – unabhängig vom Ort der Zubereitung und des Verzehrs – alle Speisen und Getränke steuerlich gleichbehandelt werden. Dies ist aus steuerpolitischen, ernährungspolitischen und ökologischen Gründen und im Ausgleich von Wettbewerbsnachteilen mit unseren europäischen Nachbarn dringend geboten.

Wie ist Ihre Einstellung dazu, den Mehrwertsteuersatz für alle Leistungen in der Gastronomie zu reduzieren, also sich für die Entfristung bei Speisen und die Einführung für Getränke einzusetzen?

ARBEITSMARKT

6. Arbeitszeitgesetz flexibilisieren

Wir fordern eine wöchentliche Arbeitszeit und die damit verbundene freie Verteilung der geschuldeten Stunden pro Woche nach der EU-Arbeitszeitrichtlinie. Es geht dabei nicht um eine Erhöhung der wöchentlichen oder monatlichen Arbeitszeit, sondern um eine bessere Verteilung der geschuldeten Wochenarbeitszeit. Was in anderen europäischen Staaten möglich ist, muss auch bei uns möglich gemacht werden.

Wo stehen Sie bei der Frage, ob man aus der Tageshöchst- eine Wochenhöchstarbeitszeit machen sollte, um mehr Flexibilität für Arbeitnehmer wie Arbeitgeber zu schaffen?

7. Minijobs erhalten und Verdienstgrenze automatisch anpassen

Wir lehnen alle Vorschläge ab, Minijobs abzuschaffen, zu beschneiden oder weiter zu verteuern. Nicht jede Art von Beschäftigung außerhalb des Prototyps der unbefristeten, sozialversicherungspflichtigen Vollzeitbeschäftigung muss bekämpft werden. Minijobs entsprechen in aller Regel den Wünschen der Beschäftigten und sorgen für Flexibilität am Arbeitsmarkt. Sie helfen gerade kleinen Unternehmen, Beschäftigung passgenau zu organisieren. Minijobs sind Teil der Lösung für den Arbeitsmarkt. Um einer weiteren Aushöhlung und Entwertung der Minijobs entgegenzuwirken, fordern wir die dynamische Erhöhung der Verdienstgrenze in Form einer automatischen Koppelung an die Entwicklung des gesetzlichen Mindestlohnes.

Was halten Sie davon, Minijobs an die Entwicklung des gesetzlichen Mindestlohns zu koppeln und dynamisch zu erhöhen?

8. Erleichterter Zugang von Arbeitskräften aus dem Nicht-EU-Ausland

Wir setzen uns mit Blick auf Arbeitskräfte/Fachkräfte und Zukunftsplanung für gezielte Einwanderung ein. Dazu gehört, dass hier benötigte Arbeitskräfte aus Nicht-EU-Staaten leichter und schneller eine Arbeitsmarktgenehmigung bekommen.

Wie kann man Ihrer Meinung die Integration von Nicht-EU-Arbeitnehmern erleichtern?

ENERGIE UND NACHHALTIGKEIT

9. Bezahlbare Energie für das Gastgewerbe

Oberstes Primat der Energie- und Klimapolitik muss es sein, eine möglichst sichere und Klimaschutzverträgliche, aber auch wirtschaftlich vertretbare Energieversorgung sicherzustellen. Die Energiepreisentwicklung der letzten Monate hat gezeigt, dass beides parallel gedacht werden muss.

Welche Lösungsansätze haben Sie, um neben der sicheren und Klimaschutzverträglichen auch die bezahlbare Energieversorgung zu garantieren?

10. Unterstützung zur Müllvermeidung bei Verpackungen

Wir fordern finanzielle Unterstützung für die Betriebe zur Einführung von rotierenden Verpackungsmaterialien in Form von Förderungen und ein bundesweit einheitliches Pfand- und Rücknahmesystem für Mehrwegverpackungen. Des Weiteren wollen wir in die politische Entscheidungsfindung eingebunden werden. Unsere Betriebe vermeiden Einwegplastik-Artikel und prüfen Alternativen im Sinne der umweltbewussten Betriebsführung. Pauschale gesetzliche Verbote bestimmter Verpackungsarten sind für die Betriebe nur dann tragbar und unschädlich, wenn sich die Politik gleichzeitig für bezahlbare und taugliche Alternativverpackungen einsetzt und kein finanzieller Mehraufwand auf die Betriebe zukommt.

Wie unterstützen Sie uns dabei, dass vereinheitlichte Pfand- und Rücknahmesysteme für Mehrwegverpackungen eingeführt werden und das Gastgewerbe an der Entscheidungsfindung beteiligt wird, um möglichst gute Lösungen für Umwelt, Unternehmer und Verbraucher zu finden?

TOURISMUS, MOBILITÄT UND BELEBUNG INNENSTÄDTE

11. Mobilität verbessern – Wege frei machen

Mobilität ist die Voraussetzung für Tourismus. Wenn beispielsweise immer mehr Brücken ganz oder teilweise nicht mehr befahrbar sind, sich Züge wegen maroder Schienenanlagen verspäten, Staus Fahr- zu Stehzeiten machen, hat das neben Auswirkungen auf Mensch, Wirtschaft und Umwelt, auch solche auf den privaten wie den Geschäftsreiseverkehr in den betroffenen Regionen. Deshalb muss der massive Investitionsstau in allen Bereichen der Verkehrsinfrastruktur so schnell als möglich gelöst werden. Das betrifft das Straßen- wie das Schienennetz, meint aber genauso den Aus- und Aufbau einer zukunftsfähigen E-Mobilität- wie Fahrradinfrastruktur.

Wie stehen Sie zu unserer Forderung, dass das Land NRW deutlich mehr Anstrengungen unternehmen muss, um den „Mobilitätsstau“ zwischen Rhein und Weser aufzulösen – z.B. durch den Ausbau von Planungskapazitäten, aber auch durch den Aufbau smarter Mobilitätskonzepte?

12. Belebung Innenstädte

Das Land Nordrhein-Westfalen hat erkannt, dass enorme Anstrengungen unternommen werden müssen, um die Attraktivität unserer Innenstädte und Zentren zu erhalten oder wiederherzustellen. Die Corona-Pandemie hat diese Erkenntnis noch einmal vertieft. Einen ganz wichtigen Faktor bei dieser Vitalisierung spielt eine abwechslungsreiche Hotellerie und Gastronomie, ohne die ein pulsierendes Innenstadtleben nicht denkbar ist. Dazu sind motivierende, Mut machende Anreize von der Politik zu schaffen und neue Allianzen zwischen Tourismus, Kultur, Kulinarik und Kreativwirtschaft zu schmieden und erfolgreich zu vermarkten.

Für wie wichtig erachten Sie die Forderung, dass das Land Städte und Gemeinde weiterhin mit eigenen Programmen und Mitteln dabei unterstützt, die Rahmenbedingungen für belebte Innenstädte mit einem vitalen Gastgewerbe zu verbessern, damit unsere Zentren künftig nicht (noch mehr) veröden?

13. Wachstumstreiber Tourismus stärken

Der Tourismusstandort Nordrhein-Westfalen muss wieder seine alte Stärke gewinnen und seine Wachstumspotenziale ausbauen, die ihm aufgrund seiner sehr guten Erreichbarkeit, seiner attraktiven Hotel-landschaft, seinen großen Messestandorten und der diversen Veranstaltungsinfrastruktur gegeben sind. Wachstumstreiber sind der Städte- und der Geschäftstourismus und hier besonders das MICE-Segment (Meetings, Incentives, Congress (Tagungen) und Events (Großveranstaltungen)). Die Corona-Pandemie hat vor allen Dingen in diesen Bereichen, die sehr wichtig für NRW sind, tiefe, leider auch bleibende Spuren hinterlassen. Was fehlt in NRW ist ein Marketingbudget für den Tourismusstandort NRW, das vergleichbar mit Bundesländern wie Bayern oder Baden-Württemberg ist und eine eigenständige landesweite Tourismusstrategie, die primär die Themen MICE und Geschäftstourismus abbildet. Ziel muss es sein, die Wachstumstreiber Städte-, Event- und Geschäftstourismus in nationalen wie international relevanten Quellmärkten neu zu positionieren.

Was sind Ihre Ideen und Strategien, um den Tourismusstandort NRW weiter nach vorne zu bringen, vor allen Dingen vor dem Hintergrund, dass der Geschäftsreiseverkehr und das MICE-Segment auch über die Pandemie hinaus noch lange von den Auswirkungen der Corona-Krise betroffen sein werden?



AUSBILDUNG

14. Duale Ausbildung stärken

Fachkräftesicherung geht nicht ohne qualifizierte und zeitgemäße Ausbildung. Dabei ist die Wirtschaft auf politische Unterstützung angewiesen. Unter allen Umständen gilt es, eine „Generation Corona“ bei jungen Menschen zu verhindern. Wir erwarten eine politische Offensive für die duale Ausbildung. Notwendig sind Investitionen in die Qualität der Ausbildung und eine bildungswegoffene, praxisnahe Berufsorientierung über alle Schulformen hinweg. In den Berufsschulen besteht Handlungsbedarf, insbesondere was zeitgemäßen digitalen Unterricht und Lehrerfortbildung angeht. Zwangsmaßnahmen, wie Ausbildungsumlagen oder Übernahmegarantien, sind dagegen nicht der richtige Weg. Zielführender ist die effektive und nachhaltige Förderung der beruflichen Aus- und Weiterbildung und ihre Kommunikation als gleichwertige Alternative zum Studium. Ausbildungsbetriebe sind in ihrem Engagement stärker zu unterstützen. Kurzfristige Revitalisierungsmaßnahmen sind zum jetzigen Zeitpunkt wichtig.

Welche Maßnahmen ergreifen Sie zur Stärkung der beruflichen Bildung?



BÜROKRATIEABBAU

15. Weg, was weg kann

Bürokratie bedeutet vor allen Dingen für kleine und mittelständische Betriebe weiterhin trotz des richtig eingeschlagenen Weges der „Entfesselungspakete“ eine enorme Belastung. Gerade im Gastgewerbe existiert eine Vielzahl von Dokumentationspflichten, unter anderem in den Bereichen Hygiene-, Steuer- und Arbeitsrecht oder Arbeitssicherheit. Die Umsetzung und Einhaltung bindet viele Ressourcen und verursacht hohe Kosten. Natürlich ist nicht jede Dokumentation unnötig, nicht jede Überprüfung überflüssig, trotzdem muss Bürokratie der Sache dienen und darf nicht auf dem Misstrauen gegenüber der Wirtschaft fußen – wie es seinerzeit bei der beabsichtigten Einführung der Hygieneampel der Fall war.

Was sind Ihre Ideen, wenn es darum geht, Bürokratie auf allen Ebenen noch stärker auf ihre Notwendigkeit hin zu überprüfen, um sie weiter abzubauen und bei diesem Prozess Verfahren und Anforderungen zu beschleunigen, zu vereinfachen, auszudünnen und die Vorteile einer digitalen Verwaltung zu nutzen?

GEBÜHREN

16. Gebühren auf Regelkontrollen bei der Lebensmittelüberwachung aufheben

Regelkontrollen in der Lebensmittelüberwachung gehören zur Daseinsvorsorge und sind aus Steuertöpfen zu finanzieren. Seit Mai 2016 werden aber Gebühren für Regelkontrollen bei der Lebensmittelüberwachung erhoben. Die Höhe orientiert sich nicht an der Betriebsgröße, sondern am Aufwand der Kontrolle. Bis dahin wurden Kosten lediglich für Nachkontrollen erhoben. Wir fordern den Verzicht der Gebühren.

Was halten Sie vom Wegfall der Gebühren auf Regelkontrollen bei der Lebensmittelüberwachung?

Der DEHOGA Nordrhein-Westfalen ist Arbeitgeber- und Wirtschaftsverband von Gastronomie und Hotellerie bei uns in NRW.

Wir vertreten eine Branche, in der vor der Corona-Pandemie rund 45.000 Unternehmerinnen und Unternehmer aus dem Gastgewerbe mit über 400.000 Beschäftigten mehr als 18 Milliarden Euro Umsatz in Restaurants, Cafés, Kneipen, Clubs, Diskotheken, Kantinen, Hotels und Pensionen erwirtschafteten.

Die Corona-Pandemie und ihre Auswirkungen haben im Gastgewerbe, vor allen Dingen im Bereich des Geschäftsreiseverkehrs und des Veranstaltungsbereichs zu schweren Verwerfungen geführt, die die Branche auch mittelfristig beschäftigen werden. Gleiches gilt für die Beschäftigungssituation, die sich durch Krise der letzten zwei Jahre noch einmal erheblich ausgeweitet hat.



DEHOGA Nordrhein-Westfalen e.V.

DEHOGA-Center

Hammer Landstraße 45, 41460 Neuss

Fon 02131 7518-200, Fax 02131 8819-313

info@dehoga-nrw.de, www.dehoga-nrw.de

